

Zeitung für Politik, Wissenschaft, Geschichte, Literatur, Kunst, Musik, Theater, Sport, Mode, etc.

Dresdner Nachrichten

Neue Bibliothek

(Brief- und Rechnungsbücher)
Stück Mk. 1.50 empfohlen G. H. Rehfeld & Sohn, Dresden.
Dresden, 1890.



Photographische Apparate für Amateure.
Preislisten gratis und franco.
Carl Paul,
Dresden, Wallstrasse 12.

Ferd. Gerlach Nachfolger
Weinhandlung mit Probierstuben
Moritzstrasse 4. Fernsprechst. 391.
Ausführliche Preislisten versende frei. Gewähr für reine Naturweine.

Ein. Solomat **Carl Tiedemann, Hoflied. Etabliert 1833.**
Bester **Fussbodenanstrich** ist
Tiedemann's Bernsteinölack
mit Farbe, über Nacht trocken, nicht klebend.
Altstadt: Marienstr. 10, Amalienstr. 19,
Zwickauerstr. 40. Neust.: Heilerichstr. (Stadt Gültz).

Tapeten.
Grösste Auswahl, billigste aber feste Preise.
Franz Schlotte,
im Café Passage, Ecke Johannisstrasse.

„Invalidendank“.

für die „Dresdner Nachrichten“, den „Dresdner Anzeiger“, sowie für alle anderen Zeitungen. **Offertbriefe gratis.**

„Invalidendank“.

Nr. 131. Spiegel: Die Militär-Vorlage und die französische Wehrkraft, Gewerbliche Schiedsgerichte, Fernverkehrsberichte. Alle Eisenbahngesellschaft. **Sonntag, 11. Mai.**

Sein Empfang des Präsidiums des neuen Reichstages befandete der Kaiser, nachdem er in leuchtigen Worten mit jedem der drei Obmänner über Dinge persönlicher Natur gesprochen, das lebhafteste Interesse für die Militär-Vorlage. Derselbe sei in der Vorlage vorbereitet worden, er selbst habe viele Defecate verfasst und die auswärtigen Militär-Bevollmächtigten Deutschlands seien darüber gebildet worden. Die Militär-Vorlage stelle das Mindestmaß dar, was selbst bei der größten Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage gefordert werden könne. Daher bedauere er, dass die Presse, nachdem kaum der Wortlaut der Vorlage bekannt geworden sei, bereits abfällig geurteilt habe. Nach einer anderen Lesart hat der Kaiser noch hinzugefügt: bisher habe er die Offiziere am Schreiben von Gegenartikeln gehindert; doch werde dies kaum mehr angehen, wenn die Reichstags-Vorlesungen nicht ihren Einfluss geltend machten, um die weitere abfällige Kritik der Militär-Vorlage in der Presse zu verhindern. Da die Obmänner des Reichstages eine solche Zusage nicht erteilen konnten, hörten sie die Bemerkung des Kaisers schweigend an. Es ist nicht recht glaublich, dass der Kaiser geradezu eine Aufforderung, die Presse in bestimmter Richtung zu beeinflussen, an die obersten Würdenträger des Reichstages gerichtet hat, da dem Reichsoberhaupt bekannt ist, dass die Presse ihnen nicht untersteht. Die Presse, soweit sie unabhängig auch von den Vorlesungen ist, würde sich ihr gutes Recht, freie Kritik an den Regierungsvorlagen zu üben, nicht verkümmern lassen. Wahrscheinlich hat der Kaiser sich nur über die Möglichkeit, die ohne Kenntnis der Beweggründe der Regierung erfolgten Prekursoren befragt. Wenn militärische Nachmänner, also Offiziere, unbegründete Ausstellungen durch Stellungsaussagen bekämpfen, so kann die Wahrheit nur gewinnen. Am nächsten Dienstag unterzieht übrigens der Reichstag selbst die Vorlage der ersten Lesung; man wird die Gründe und Gegenstände hören und gegen einander abwägen können. Schon jetzt aber lässt sich übersehen, dass der Reichstag der Vorlage zustimmt, vielleicht aber nur unter Erörterung von Gegenleistungen.

die Einziehung von jährlich 18,000 Rekruten mehr geltend gemacht wird, dass dadurch der Volkswirtschaft ebenso viele Arbeitskräfte entzogen werden, so sollte man nicht übersehen, dass dadurch andererseits auch die große Schaar der Weidwirtschaflosen umsoviel Menschen entlastet wird. Was die Kräfte selbst, wie auch in Deutschland verzeht und flieht wieder in die Hände der Produktion zurück. So schmerzlich es ist, immer wieder die Steuerlasten steigern zu sehen, so gewährt uns ein schlagfertiges, tüchtiges Heer doch die Sicherheit des Friedens. Die Ausgaben für Heereszwecke sind die Brücke für die Erhaltung des Friedens und wie hart sie uns auch ankommen mag, hier stehen so unendlich wertvolle, so unschätzbare Güter auf dem Spiele, dass eine gewissenhafte Volksherrschaft nicht die Verantwortung auf sich nehmen kann, sie durch Verleugung des Unvermögens in Gefahr zu bringen. Auch der kostspielige bewaffnete Friede ist unvergleichlich billiger, als ein unglücklicher Krieg. Besser bewacht, als besetzt.

Aus den Verhandlungen des Reichstages am Freitag ist zu entnehmen, dass der Entwurf über gewerbliche Schiedsgerichte Gelehrtheit erhalten wird, solche Einzelstellungen auch an ihm gemacht wurden. Es wurde anerkannt, dass die Vorlage in der Unparteilichkeit, Sachlichkeit und Schnelligkeit des Verfahrens wesentliche Vorzüge besitzt. Der Staatssekretär v. Bötticher erklärte die Bereitwilligkeit des Bundesrates, den Einwendungen möglichst Rechnung zu tragen. Der Staat kann sich, da es sich um eine Rechtsprechung handelt, nicht das Recht nehmen lassen, bei der Befähigung des Vorsitzenden des Schiedsgerichtes mitzuwirken. Unhaltbar aber ist die Bestimmung, dass eine Berufung an das Landgericht gegen Urtheile der Schiedsgerichte eintritt. Diese Entscheidungen müssen unüberprüfbar sein; Klagen über verkehrte Urtheile oder über Ungenauigkeiten der schiedsgerichtlichen Rechtsprechung sind auch nicht bisher laut geworden. Nur beschwerte man sich darüber, dass das Wahlrecht der Arbeiter von Erfüllung des 25. Lebensjahres abhängig gemacht und dass nur das erfüllte 30. Lebensjahr das Recht als Schiedsrichter zu fungieren, gewährt solle. Nicht Mängel gegen die Arbeiter liegt diesem Vorschlag zu Grunde, sondern die in der Sache selbst liegende Erwägung, dass erst ein reiferes Alter befähigt, solche wichtige Rechte zweckmäßig auszuüben. Auch das eine zweijährige Weidwirtschaf im Bezirk erfordert wird, ist in der Natur der Sache begründet. Dass man die Advokaten nicht zu den Gewerbeschiedsgerichten zulässt, also die betr. Bestimmungen streichen mag, rechtfertigt sich ebenso von selbst. Sehr erwünscht wäre es, wenn man den Arbeitern für ihre Zeitverdienstmittel eine Entschädigung gewährte; die Arbeitgeber werden auf eine solche für sich gern verzichten. Die Arbeiterinnen sind von dem Wahlrecht in's Gewerbeschiedsgericht ganz ausgeschlossen. Das entspricht dem heutigen Stande unserer Gewerkschaften. Wir vermüthen jedoch, dass damit über kurz oder lang eine Aenderung eintritt. In der schiedsgerichtlichen Text-Industrie sind 62,000 weibliche und nur 55,000 männliche Arbeitskräfte beschäftigt. In letzterer sind die Schiedsgerichte für einzelne Gewerkschaften, die weibliche Arbeitskräfte beschäftigen, überwiegend oder fast ganz aus Angehörigen des weiblichen Geschlechtes zusammengesetzt, ohne dass die Gewerkschaften auf dieser Konsequenz unter industriellen Entwicklung Ansehen genommen hätte. Der Entwurf wird, namentlich wenn er Verbesserungen erfährt, wesentlich zur Wiederherstellung des sozialen Friedens dienen. Gewerbliche Schiedsgerichte als Einigungsämter arbeitend, werden helfen, die ganze Arbeiterbewegung in ruhigeres Fahrwasser zu leiten.

Paris. In der Kammer findet heute die Beratung der Interpellation über Tachowes statt. Der Minister für Kolonien wird, wie verlautet, erwidern, dass angeführt der persönlichen Haltung des Königs von Tachowes die Expedition nicht werde ausgerüstet werden. Die Regierung werde nur die Garnisonen von Sotom und Porto Novo verstärken. Der zu beantragende Credit soll die Summe von 300,000 Francs nicht übersteigen. Die Regierung hat das Gesetz umgearbeitet und die Ausgaben um 300 Millionen vermindert. Vom Militär-Etat wurden 11 1/2 Millionen gestrichen.

London. Hlwa war vor Einnahme durch Bismarck ein Hauptanführer der Sklavenhändler. In sämtlichen arabischen Ländern wurden große Quantitäten neuer Sklavenschriften vorgefunden. Der „Times-Correspondent“ in Sanibar bezeichnet die deutsche Eroberung dieses Ortes als einen Segen für die Civilisation. Ferner wird der „Times“ aus Sanibar gemeldet: Die letzten Nachrichten aus Uganda behaupten, die Araber hätten im Süden einen Heerzug nach Kile, der dem dortigen Araber nicht den europäischen Missionären nach dem Sesselfeld vertrieben. Der Engländer Spies kam im Sanibar mit 400 beladenen Trägern aus der Nachbarschaft der großen Seen an.

Die Berliner Börse nahm heute einen ruhigen, wiederholten Verlauf. Die Haltung war anfangs abgemessen, später mit länger Unterbrechung vorwiegend fest. Der Anstaltsbericht der Postanstalt übte geringen Einfluss auf die Courseverläufe. Im Cassaverkehr waren Renten und Eisenbahnen still. Inbetriffen fest, aber vorwiegend ruhig, deutsche Fonds fest, ebenso österreichische Prioritäten Silberprioritäten bevorzugt. Privatdiskont 2 1/2 Proz. Nachbörse fest. — Wetter: Vermittlung bedeckt, etwas Regen, Nachmittags sonnig, warm. Ost-Süd-Ost-Wind.

Amsterd.	114.25	Brüssel	107.75	Genève	191.25	Wien	114.25
Berlin	114.25	Frankfurt	107.75	London	191.25	Madrid	114.25
Hamburg	114.25	München	107.75	Paris	191.25	Porto	114.25
Köln	114.25	Stuttgart	107.75	Rom	191.25	Sankt Petersburg	114.25
Leipzig	114.25	Wien	107.75	Sankt Petersburg	191.25	Warschau	114.25
Nürnberg	114.25	Zürich	107.75	Warschau	191.25	Wien	114.25

Wien. Der Reichstag hat heute die Vorlage über die Erweiterung der Weidwirtschaf im Bezirk beschlossen. Die Vorlage ist mit 100 gegen 50 Stimmen angenommen. Die Vorlage ist mit 100 gegen 50 Stimmen angenommen. Die Vorlage ist mit 100 gegen 50 Stimmen angenommen.

Fertliches und Sächsisches.

— In Sibyllenort wird nächster Tage der Besuch des Kaisers bei Ihren Majestäten dem König und der Königin von Sachsen erwartet.

— Der Premierleutnant im 3. Infanterieregimente Nr. 102 Prinz-Regent Ludwig von Bayern, 31 Jahre alt, erhielt die 4. Klasse des Königlich Sächsischen Verdienstordens vom heiligen Michael.

— Den nachgeordneten Offizieren und Unteroffizieren des 1. Jäger-Bataillons Nr. 12 wurden verliehen: das Ritterkreuz 2. Klasse des Herzoglich Sächsischen Guelphenordens dem Premierleutnant Meyer; die zu diesem Orden gehörige silberne Verdienstmedaille dem Feldwebeln Werpup und Kirbach, den Bataillonsoberführern Ebermann und Keller, sowie dem Sergeanten (Kornist) Kömlich.

— Das Stadtoberordnete-Kollegium hat am Schlusse seiner letzten Sitzung es rundweg abgelehnt, dass der Rath mit der alten Straßenbahn die Verhandlungen über die von derselben vorgelegenen Herabsetzungen des Fahrgeldes wieder aufnehmen solle. Schroffer kann man keine Abweigung nicht an den Tag legen; nicht einmal der Versuch einer Verhandlung, die doch möglich ist, soll gemacht werden dürfen. Ob damit den Interessen des Publikums abgethan ist, steht auf einem anderen Blatte. Wahrscheinlich ist die aus dem Publikum zugegangenen Aufschreie, dass das Verhalten des Stadtraths in dieser Sache nicht von allen Seiten gebilligt wird. So ganz einfach ist die Sache eben nicht. Das ist schon daraus zu ersehen, dass die Ablehnung des Stadtraths der Straßenbahngesellschaft seitens des Stadtraths im Rathskollegium nur mit der Mehrheit von 1 oder höchstens 2 Stimmen erfolgt ist. Es stehen sich hier eben Vortheile und Nachteile gegenüber. Diejenigen, welche färgere Strecken fahren, müssen jetzt, nachdem die Verhandlungen gescheitert sind, nachwievor 15 Pfg. zahlen, während, wenn die Vortheile angenommen worden wären, sie nur 10 Pfg. zu zahlen brauchen. Das macht ihnen etwas aus, namentlich, wenn es wahr ist, was die Direktion sagt, dass die kurzen Strecken 60 Pfg. aller fährten sind. Andererseits können die längeren Strecken in mehreren Fällen schlechter weg, als gegenwärtig. Der Befehl der Abnahme ist für beide ein Nachtheil. Ihnen ist an der Vertheilung des jetzigen Zieles gelegen. Die Vertheilung des Stadtraths und der städtischen Nachbarn sind Uebelstände, unter denen alle zusammen leben. Nun hat die Straßenbahngesellschaft angeklagt, dass sie ihren des Zurückweichens ihres Vorzuges durch den Stadtrath in ihren Sommerfahrplan eine ganze Anzahl von Ermäßigungen einführen wolle. Das Publikum wird sich Des gen freuen lassen. Die Mehrheit des Rathes und die Stadtoberordneten rechnen so, dass, wenn nur erst die Konkurrenz der neuen Gesellschaft sich fühlbar macht, dann die alte Gesellschaft ganz allein Zugewinn machen müsse. Das glauben wir auch; Niemand weiß aber, wie lange es bis dahin dauert. Mittelweile bleibt aber der Stadtrath und der höhere Nachbarnpreis bestehen. Das ist doch gewiss auch nicht schön. Unter Grundlag ist: Proben geht über Stadtrath! Wie wäre es, wenn man mit dem Vortheile der alten Gesellschaft ein Versuch machte? Wenn man also probeweise den vorgelegenen Tarif etwa auf ein Jahr einführt? Schon binnen wenigen Monaten würde sich in der Praxis herausstellen, ob er für das Publikum im großen Ganzen, als Gesamtheit betrachtet, vorthellhafter wäre. Wie genau es stehen sich Vortheile und Nachteile gegenüber; lediglich die Erfahrung kann da die Entscheidung geben. Wir unterbreiten diesen Gedanken den entscheidenden Stellen zur Erwägung.

— Das hiesige Brigade-Exercieren der 5. Infanteriebrigade Nr. 43 findet in der Zeit vom 21. bis zum 23. August statt. Zu diesem Brigade-Exercieren tritt am 19. August in Chemnitz garnisonirte 5. Inf. Reg. Nr. 104 per Hauptmann in Rudau ein und wird beiläufig veranbart. An das Brigade-Exercieren schließt sich das Brigade-Exercieren im Terrain und hieran das Brigademöör, bei welchem Cavallerie und Artillerie betheiligt sind. Am 1. September rücken sämtliche zum Brigademöör vereinigte Truppentheile zum Divisionsmöör aus, das bei Hohenstein bei in der Gegend zwischen Chemnitz und Stolberg stattfindet, wofür bereits das Manöver 1888 stattfinden sollte, aber wegen der in Chemnitz ausgebrochenen Typhusepidemie verlegt wurde.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 10. Mai.

Berlin. Der Kaiser und die Kaiserin entzogen am Abend einer Einladung des österreichischen Botschafters zum Dinner. Der Kaiser wird, erkrankten Mitternachts, im Laufe des Sommers der Königin von England in Osborne einen Besuch abstatten und auch einige Tage in London zubringen. — Der Prinz und die Prinzessin Deutsch sind am Abend zum Besuch der großherzoglich Sächsischen Familie nach Arberg abgereist, von wo sie sich zunächst zum Besuch der Kaiserin Friedrich nach Domburg und später nach Schloss Windsor begeben.

Berlin. Das dem Reichstag vorgelegene Weidwirtschaf über Ostafrika umfasst die Zeit vom 1. Dezember bis zum 7. Mai d. J. Aus einer Anmerkung ergibt sich, dass die kommissarische Uebernahme Emin Pascha's in den auswärtigen Dienst des Reiches bereits im Februar erfolgte. Unter dem 1. Januar meldete Bismarck dem Reichskanzler, dass Emin Pascha den lebhaften Wunsch begehrt, seine Erfahrungen in deutsche Dienste zu stellen. Er habe Wissenmann gebeten, dies zur Kenntnis des Reichskanzlers und wenn anmöglich auch des Kaisers zu bringen, dessen Gnade er sich für verpflichtet fühlte. Die Antwort sei am 21. Januar hier ein und am 25. telegraphirte Graf Bismarck an Wissenmann: Die Dienste Emin Pascha's sind uns willkommen. Bitte nähere Wünsche desselben mitzutheilen. In Europa wurde der Eintritt Emin Pascha's in deutsche Dienste erst am 3. April bekannt. Die übrigen Angaben des Weidwirtschaf sind im Wesentlichen durch frühere Meldungen überholt.

Berlin. Der Bundesrath stimmte in seiner letzten Sitzung der Novelle zum Strafgesetzbuch zu, ebenso dem Antrag Sachiens auf Verlängerung des Privilegiums der landständischen Bank des Königs. Sächsisch-Markgrafenthums Oberlausitz zur Ausgabe von Banknoten. Der Eingabe der 2. Ordnung der Union um Erstattung von Roberten und einer Eingabe um Erstattung eines Schlichtungsbüros an der österreichischen Grenze wurde keine Folge gegeben. Eine Eingabe bet. der Einführung von Schlichtungsbüros aus Oesterreich wurde dem Vorsitzenden des Bundesrathes überwiegen. Die Vorlage wegen Aenderung des Deutschschweizerpostens und wegen Aenderung der Bahnordnung hinsichtlich der Fahrgeldverhältnisse der Sekundärbahnen wurden an die zuständigen Ausschüsse zur Vorbereitung überwiesen. — Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht die Aufhebung des Expatirationsgesetzes. — **Wien.** In sämtlichen österreichischen Weidwirtschaf hier und in den Reichslanden legen heute fast alle Weber, nachdem ihre Vorstellungen nicht bewilligt werden konnten, die Arbeit nieder.

Hotel „Fürst Bismarck“
An der Frauenkirche 22 und Neumarkt 2